



# BürgerInnenbrief

26. Juni 2012

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Kein Fußbreit den FaschistInnen! +++ Bessere BürgerInnenbeteiligung! +++ HVV gratis +++ St. Georg: Geld statt Geist

## Sommergruß

Von Heike Sudmann und Tim Golke



Elbaufwärts (Foto: M. Joho)

### Liebe Leserinnen und Leser des BürgerInnenbriefes!

Einige werden sicher schon im verdienten Urlaub sein, wenn dieser BürgerInnenbrief abgeschlossen wird. Um so mehr seien von hier aus die (bisher noch) Daheimgebliebenen und -bleibenden begrüßt.

Für uns gehen einige sehr bewegte und schwierige Monate zu Ende, weniger wegen der Hamburger Entwicklungen, wohl aber, weil DIE LINKE auf Bundesebene kein gutes Gesicht gemacht hat. Personalquerelen überlagerten bisweilen die inhaltlichen Auseinandersetzungen, Konflikte zwischen den verschiedenen Strömungen in dieser pluralen linken Partei drängten zeitweilig die anstehenden Aufgaben in den Hintergrund. Mit der Neuwahl des Parteivorstandes hoffen wir auf ein Durchstarten der LINKEN, wofür sich die beiden ebenfalls neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger drei Monate Zeit ausbedungen haben.

In Hamburg werden wir nach der Sommerpause sofort in die mehrmonatigen Beratungen des Doppelhaushalts 2013/2014 einsteigen. Hier stehen angesichts der massiven Streichungspolitik nicht nur heftige Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft an, hier erwarten wir vor allem auch große Bewegungen auf den Straßen und in den Quartieren. Wir wollen uns in den nächsten Wochen darauf vorbereiten und zählen dabei auf die vielen, die den Abbau in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen nicht widerspruchlos hinzunehmen bereit sind.

Um sich für diese Konflikte zu wappnen, tun ein paar (gerne mehr) Sommer-, Ferien- und vor allem auch Sonnentage sicher gut. Wir wünschen allen LeserInnen genügend Abstand vom Alltag, ein paar schöne Tage hier oder da und neue Energien für einen womöglich heißen Herbst.

# Kein Fußbreit den FaschistInnen!

Von Tim Golke



Anti-Nazi-Demo am Vormittag des 2. Juni in der Innenstadt (Foto: M. Joho)

Und wieder einmal hatte sich der SPD-geführte Senat nicht dazu durchgerungen, die von bekannten Rechten für den 2. Juni 2012 angemeldete und als Naziaufmarsch genutzte Demonstration zu verbieten. Im Vorfeld konnte immerhin die geplante Route durch die Innenstadt dank des Engagements von Parteien und Bürgerschaft verhindert werden: Die Bürgerschaft hatte den Rathausmarkt, die Fraktion DIE LINKE zusätzlich noch den Gänsemarkt besetzt. Ein provokativer Routenvorschlag der Nazis entlang der historischen Strecke des »Altonaer Blutsonntags« wurde von der Innenbehörde nicht genehmigt, auch um hier jedwede Parallele zum 17. Juli 1932 zu vermeiden. Damals sind bei den Protesten gegen den Marsch von SS und SA 16 AntifaschistInnen erschossen und viele weitere verletzt worden.

Von den Gerichten genehmigt wurde dann allerdings eine Strecke durch Wandsbek und Eilbek. Gestartet werden sollte an der Pappelallee/Bärenallee/Hammer Straße und dann Eilbek über das Eilbektal und die Wandsbeker Chaussee quasi umrundet werden. Politisch ist dieser wie jeder andere Aufmarsch von Nazis eine Zumutung sondergleichen; deren menschenverachtende Ideologie gehört nicht nach Hamburg, weder in die Innenstadt, nach Altona oder Wandsbek noch irgendwo anders hin. Dennoch, auch Nazis können sich auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berufen, und haben dann, jedenfalls solange von ihnen keine Gewalt ausgeht, auch einen Anspruch auf Durchführung und Schutz ihrer De-

monstration. Das ist unbefriedigend, aber auch eine der wichtigsten Regeln der Demokratie, nach der eben auch diejenigen, die sie abschaffen wollen, Anspruch auf demokratische Rechte und Grundrechte haben.

Herzlich zu danken ist allen Menschen, die auf der ursprünglichen Nazi-Route protestierten und schließlich dafür sorgten, dass diese nicht umgesetzt werden konnte. Auch nach der polizeilichen Verlegung des Aufmarsches in den Stadtteil Hamm bildeten sich schnell Sitzblockaden, die die Nazis über Stunden daran hinderten, weiter zu kommen, und letztlich dafür sorgten, dass aus dem »Marsch« nur ein kurzer Spaziergang wurde.

An verschiedenen Stellen wurde darauf hingewiesen, dass die Bürgerschaft auf dem Rathausmarkt, fernab des Geschehens, ein buntes Fest veranstaltete und so die Proteste in Wandsbek geschwächt hat. Richtig ist, wenn der Bürgermeister den Nazi-Aufmarsch für unerträglich hält, hätte er sich in Wandsbek bei den Sitzblockaden engagieren müssen. Richtig ist aber auch, dass es Menschen gibt, die bei solch unübersichtlichen Situationen wie am 2. Juni schlicht Angst bekommen, nicht hinreichend mobil für eine Sitzblockade und drohende Polizeieinsätze oder mit ihren Kindern unterwegs sind. Lauter Situationen, die bei aller Vernunft eine Teilnahme an den Blockadeaktionen ausschließen. Auch diese Menschen brauchten einen Ort des Protests, und diesen Ort stellte eben der Rathausmarkt dar.



### Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen!

Diesen Satz sagte der Bremer Polizeipräsident Erich von Bock und Polach (SPD) während der Demonstration am 17. Januar 1967 auf der Bremer Domsheide, berühmt geworden unter dem Begriff »Bremer Straßenbahnunruhen«.

Auch für die Einsatzleitung der Hamburger Polizei schien der Wahlspruch am 2. Juni 2012 noch Gültigkeit zu haben. Die Einkesselung Hunderter Menschen, die Räumung von weitgehend friedlichen Sitzblockaden unter Anwendung von Pfefferspray, Schlagstöcken, Wasserwerfern und körperlicher Gewalt spricht eine deutliche Sprache. Die Spitze bildete hier aber die Verlegung des Nazi-Aufmarsches in ein noch kleinteiligeres Wohngebiet, in dem die Menschen keine Chance zur Vorbereitung hatten. Nein, die Polizei hätte den Naziaufmarsch spätestens am Nebeneingang des S-Bahnhofes Hasselbrook beenden sollen, stattdessen prügelte sie die kleine Strecke einmal um den Block frei, um dann die Nazis mithilfe der S-Bahn abzutransportieren. Ein Polizist, der grinsend und mit seiner Pfefferspray-Patrone wedelnd auf friedliche Demons-

trantInnen zuläuft, missbraucht das Gewaltmonopol des Staates und muss dafür zur Verantwortung gezogen werden.

### Wir sind friedlich, was seid ihr?

Das mussten sich auch einige DemonstrantInnen fragen lassen. Ich verwende hier bewusst nicht den Begriff Autonome, weil ich den Eindruck gewonnen habe, Steine haben zum größten Teil keine Autonomen, sondern die schon länger in der Diskussion stehenden »SpaßchaotInnen« geworfen. Um es an dieser Stelle einmal deutlich zu sagen: Flaschen, Steine, Brandsätze, angezündete Müllcontainer und Autos oder eingeworfene Fensterscheiben von Abgeordnetenbüros sind kein Mittel von Blockaden und stehen auch nicht im Einklang mit den Blockaderegeln des Hamburger Bündnisses gegen Rechts. Noch weniger sind sie unser Mittel des Protests gegen die Nazis.

Die Nazis sind es, die Gewalt ausüben, wir wollen uns dadurch auszeichnen, dass Gewalt gerade nicht von uns ausgeht.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise



Foto: Christian Hammen

Am 24. Juni hat die Stadtteilgruppe HaHoBo (Hamm/Horn/Borgfelde) der LINKEN eine kleine **Gedenkfeier für Walter Medau** (6.1.1894-24.6.1945) vor seinem letzten Wohnhaus in der Süderstraße 320 durchgeführt. Sie erinnerte damit an einen mutigen Antifaschisten, der sich einem Hammer KPD-Kreis anschloss, während des Zweiten Weltkrieges ausländische Nachrichten abhörte und diese an seine Widerstandsgruppe weiterleitete. Walter Medau wurde 1944 wegen »Wehrkraftzersetzung« inhaftiert und verstarb wenige Wochen nach der Befreiung durch die Rote Armee in Bützow an den Folgen seiner Haft. Die Stadtteilgruppe HaHoBo hatte in Kooperation mit der Stolperstein-Historikerin Hildegard Thevs die Patenschaft für den Stolperstein übernommen, der im Frühjahr im Osterbrookviertel verlegt worden war.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Hamburgische Bürgerschaft am 14. Juni nach zweijährigem Ringen des Bündnisses für ein **Hamburger Deserteursdenkmal** die Schaffung eines solchen einstimmig beschlossen hat.

Der nächste, von Tim Golke geleitete **Arbeitskreis der Linksfraktion zum Komplex Arbeitsmarkt, Beschäftigungspolitik und Hartz IV** tagt am **Donnerstag, den 28. Juni**, um 18.30 Uhr im Fraktionsbüro (Buceriusstraße 2). An diesem Abend geht es vor allem um die Jugendberufsagentur (vor allem im Hinblick auf die bezirklichen Aspekte) und den für Herbst geplanten Ratschlag zur Beschäftigungspolitik.

Am **Mittwoch, den 4. Juli**, 19.00 Uhr, findet das nächste **Netzwerktreffen Hamburger Stadtteilbeiräte** statt. Getagt wird dieses Mal in der Stapelfelder Straße 108 in Großlohe.

Das bereits seit ca. drei Jahrzehnten existierende **Eimsbütteler Methfesselfest** findet in diesem Jahr **vom 10. bis 12. August** auf dem Else-Rauch-Platz nahe der U-Bahnstation Lutterothstraße statt. »Das Methfesselfest ist ein Fest der Initiativen, Gruppen und Organisationen, ohne Kommerz und Events«, heißt es im Aufruf

(www.methfesselfest.de). »Dafür gibt es drei Tage lang Informationen aus dem Stadtteil und der Welt, Live-Musik zum Mittanzen, Lesungen und Puppenspiel, Podiumsdiskussion, Filme und ein Spielfest mit hohem Spaßfaktor!« Das linke »Initiativen-Fest« läuft auch dieses Mal unter dem Motto »Sozial und solidarisch handeln«.

Frisch herausgekommen ist die neue Ausgabe der Broschüre **»Mittlinks«**, in der die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung Mitte Schlaglichter auf einige »Baustellen« der bezirklichen Arbeit wirft. In dem 28seitigen Material finden sich u.a. Aufsätze zum aktuellen Wohnungsbauprogramm des Bezirks, zur Initiative »Rettet Elisa« in Hamm, zum Bebauungsplan St. Georg 45 (betrifft das umstrittene Allianz-Bauvorhaben in St. Georg), zu »Schimmelwohnungen« und zum Kampf um die Kleingärten in Wilhelmsburg und zum Hornbach-Markt in Billstedt. Die Broschüre ist kostenfrei im Büro der Bezirksfraktion in der Borgfelder Straße 83 und in Wilhelmsburg in der Georg-Wilhelm-Straße 7a zu bekommen (siehe auch im Netz unter [www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/hamburg-mitte/pdf/Mittlinks%20Juni%202012%20.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/hamburg-mitte/pdf/Mittlinks%20Juni%202012%20.pdf)).

## Bessere BürgerInnenbeteiligung ist möglich!



Demo gegen Mietenwahn 2011 (Foto: dpa)

Ein Ende Mai 2012 vorgelegtes Rechtsgutachten der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE macht eine Vielzahl von Verbesserungsvorschlägen zur BürgerInnenbeteiligung bei Bauvorhaben. Mehr Transparenz, verbesserte Abläufe und die Qualifizierung des Verwaltungspersonals könnten demnach die Beteiligung deutlich erleichtern.

Seit langem befürwortet DIE LINKE in der Bürgerschaft und den sieben Hamburger Bezirksversammlungen eine weitgehende demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die aber werden von den politisch Verantwortlichen häufig eher als Störenfriede und nicht als PartnerInnen angesehen. Ohne eine angemessene Beteiligung ist es aber kaum möglich, Akzeptanz für Bauvorhaben zu schaffen.

Das Rechtsgutachten mit dem Titel »Bürgerbeteiligung und Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen von Wohnungsbauprogrammen« benennt als Schwächen des bestehenden Beteiligungsverfahrens unter anderem die oft fehlende Ergebnisof-

fenheit und den Wissensvorsprung der Verwaltung vor den Bürgerinnen und Bürgern, denen zudem kein Raum bleibt, um eigene Visionen und Alternativen zu entwickeln.

Um Beteiligungsverfahren zu verbessern, sollte laut Gutachten die Beteiligung insgesamt besser gewürdigt werden, sollte es eine ausreichende Ressourcenausstattung geben, die Transparenz von Planungs- und Entscheidungsprozessen mithilfe des Internets verbessert und die Verfahren ergebnisoffen angelegt werden. Entsprechend müsste das Verwaltungspersonal für Beteiligungsprozesse qualifiziert, wichtige Planungsunterlagen vorab im Internet veröffentlicht, neutral moderiert, der Ablauf und die Rahmenbedingungen der Beteiligung geklärt und der Flächennutzungsplan (FNP) als programmierendes Instrument genutzt werden.

»Die meisten dieser Vorschläge sind bereits mit den bestehenden Regelungen umsetzbar«, sagt die Rechtsanwältin Lena Dammann, die das Gutachten im Auftrag der Bürgerschafts-

fraktion DIE LINKE erstellt hat. Gleichwohl gebe es auch eine Reihe von gesetzlichen Lücken und Unzulänglichkeiten, die es zu überwinden gelte.

Neben der Stärkung der Rechte zubenannter Bürgerinnen und Bürger (§ 17 Abs. 3 Bezirksverwaltungsgesetz) müsse »die bezirkliche Kompetenz zur Bebauungsplanung gestärkt und das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend geändert werden, dass die Unterausschüsse in Bauangelegenheiten grundsätzlich öffentlich tagen«.

Tim Golke, für DIE LINKE Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss (neben Heike Sudmann) und im Verfassungs- und Bezirksausschuss, sagt dazu: »Der Einfluss der Bezirksversammlungen muss deutlich gestärkt werden. Insbesondere das Evokationsrecht des Senats ist ein Relikt aus vergangenen Zeiten und gehört abgeschafft. Aber auch die Mitbe-

stimmung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei Vorhaben in ihren Quartieren muss gestärkt werden.«

Hartmut Obens, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel, ergänzt: »Jeder bayerische Dorfbürgermeister hat mehr zu sagen als ein Hamburger Bezirk mit mehreren Hunderttausend Einwohnern. Angesichts der dramatischen Wohnungsnot und des Wohnungsbauprogramms des SPD-Senats ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Bauvorhaben wichtiger denn je. Das Gutachten gibt uns eine Reihe von Handlungsimpulsen an die Hand, die wir umgehend in die politische Praxis umsetzen werden.« (Aus der Presseerklärung der Linksfraktion vom 25.5.2012)

Das rund 50seitige Gutachten kann über das Fraktionsbüro in der Bucerusstraße 2, 20095 Hamburg, oder per E-Mail an [info@linksfraktion-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion-hamburg.de) bezogen werden.

## Einstieg in den HVV gratis!

Von Heike Sudmann



Foto: dpa

»Zukunftsfähiges Hamburg gestalten – Weichen stellen für das Bürgerticket«, so lautete ein Antrag der Linksfraktion in der Bürgerschaft im Dezember 2010. CDU, SPD und GAL lehnten diesen Antrag ab.

Auch im Jahr 2012 haben die anderen Bürgerschaftsfraktionen ihre Position kaum weiterentwickelt, jedenfalls nicht in Richtung eines »HVV gratis«. Dabei gibt es viele gute Argumente und Möglichkeiten zur Finanzierung.

### HVV gratis oder teure Klimakatastrophe?

Zugegeben, das ist ein drastischer Vergleich. Doch die dauerhafte Gefährdung der Umwelt durch den Menschen ist drastisch. So gehen ForscherInnen davon aus, dass durch die Klimaveränderungen der Meeresspiegel in den nächsten 70 Jahren um zwei Meter steigen wird. In Hamburg wären dann Gebiete in einer Gesamtgröße von 200 km<sup>2</sup> hochwassergefährdet. Hier leben 180.000 EinwohnerInnen und arbeiten weitere 150.000 Menschen. Gelagert bzw. produziert werden in

diesen hochwassergefährdeten Gebieten Waren und Güter im Wert von rund 10 Mrd. Euro. Diese Daten machen deutlich, dass Hamburg ein enormes Interesse an einer klimafreundlichen Politik haben muss.

Die Folgekosten der Klimakatastrophe sind wesentlich höher als die Kosten für einen HVV gratis. Ein für die NutzerInnen kostenfreier HVV sorgt mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen dafür, dass weniger Autoverkehr nötig ist. Weniger Autoverkehr, weniger Schadstoffe, weniger Klimaschädigung – eine einfach zu verstehende Formel. Das klimapolitische Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emission pro HamburgerIn von heute 10 Tonnen auf zukünftig 2 Tonnen oder gar 1 Tonne zu bringen, wird mit einem attraktiven HVV eher erreicht. Gleichzeitig kann auch die Belastung mit Stickoxyden gesenkt werden. In Hamburg werden die Grenzwerte häufig überschritten, ca. 200.000 Menschen sind dauerhaft gesundheitsschädlichen Belastungen durch Stickoxyde ausgesetzt.



### Mobilität = Luxus oder für alle möglich?

Wenn ich Mobilität in der Stadt so begreife, dass ich mich darin nicht nur über kurze, sondern auch über lange Strecken bewegen kann, muss ich feststellen, dass diese Möglichkeit für etliche Menschen nur eingeschränkt gegeben ist. Der in den Hartz IV-Sätzen enthaltene Anteil für Fahrkarten reicht weder für häufige Fahrten noch für eine Monatskarte aus, schon gar nicht für eine Monatskarte ohne zeitliche Begrenzung (Sperrzeiten zwischen 6.00 und 9.00 sowie zwischen 16.00 und 18.00 Uhr). Das gilt auch für Menschen, deren Einkommen knapp über den staatlichen Einkommensgrenzen liegt. Die Schließung öffentlicher Einrichtungen in (ärmeren) Stadtteilen und/oder deren Zentralisierung - von Ortsdienststellen über Häuser der Jugend bis zur SeniorInnenberatung - grenzt Menschen mit wenig Geld aus, von Theater- oder Konzertbesuchen gar nicht zu reden. Deshalb ist auch aus sozialen Gründen ein für die NutzerInnen kostenfreier HVV nötig. Früher forderte die AutofahrerInnen-Lobby: »Freie Fahrt für freie Bürger«, weshalb sollte der Spruch sich nicht abwandeln lassen in »Freie HVV-Fahrten für freie BürgerInnen«?

Unsozial und wirtschaftlich unsinnig ist der Umgang mit SchwarzfahrerInnen. Die wenigsten fahren wg. des Nervenzittels »schwarz«, sondern Geldmangel ist der Hauptgrund. Wer häufiger erwischt wird und die Geldstrafen nicht zahlen kann, muss eine Freiheitsstrafe absitzen. Im Jahr 2009 - so die Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion - wurden 623 Freiheitsstrafen wg. Schwarzfahren verhängt, Kosten des Staates pro Hafttag rd. 140 Euro. Die genaue Anzahl der Hafttage konnte der Senat nicht mitteilen.

### Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

Um bei den Kosten zu bleiben: Der Autoverkehr erfordert(e) durch seine Intensität (hohe Zahl von Pkw und Fahrten) wesentlich mehr Straßenbaumaßnahmen als ein gut ausgebauter

HVV. Vier- und mehrspurige Straßen für die Autos werden überflüssig, unbebaute Bereiche, Fuß- und Radwege werden nicht für Parkplätze geopfert.

Das Umweltbundesamt hat für das Jahr 2010 die so genannten externen Kosten des Pkw-Verkehrs - also die Kosten, die von den Autofahrenden verursacht, aber von der Allgemeinheit getragen werden - auf 53 Mrd. Euro beziffert. Umgerechnet auf Hamburg bedeutet dies, dass jedeR EinwohnerIn - vom Kleinkind bis zum Hochbetagten - rd. 630 Euro für die Folgen des Pkw-Verkehrs zahlt, egal ob er/sie selbst Auto gefahren ist oder nicht (alle Daten in diesem Absatz wurden der Studie »Zukunftsfähiges Hamburg - Zeit zum Handeln«, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, herausgegeben von BUND Hamburg, Diakonie Hamburg und Zukunftsrat Hamburg, München/Hamburg 2010, S. 165, entnommen).

In der genannten Studie werden auch Modelle zur Finanzierung eines so genannten BürgerInnentickets, also eines für die NutzerInnen kostenfreien HVV, entwickelt. Ob eine Finanzierung durch den Hamburger Haushalt oder durch eine Umlage auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im HVV-Bedienegebiet erfolgen soll (die Studie geht dabei von Kosten von 473 Euro jährlich pro Sozialversicherungspflichtigen aus) - darüber können wir gerne streiten. Aber bitte schön jetzt und nicht erst in zehn Jahren.

Aus Sicht der Linken muss ab sofort, also schon im Jahr 2012, Schluss sein mit den jährlichen Preiserhöhungen für den HVV. Für einen »Einstieg in den HVV gratis« ist allen Hartz IV-BezieherInnen umgehend die kostenfreie Nutzung des HVV zu ermöglichen. Bis 2016 wird mit Steuermehreinnahmen für Hamburg in einer Höhe von 1 Mrd. Euro gerechnet, aus diesem Geld lässt sich der erste Schritt finanzieren.

Der HVV gratis ist kein Luxus, sondern die Chance für eine sozial und ökologisch fortschrittliche Politik.

## Zum Doppel-Haushalt 2013/2014

Von Joachim Bischoff



Foto: dpa

Am 15. August wird Finanzsenator Tschentscher (SPD) den Haushaltsentwurf des Senats in der Hamburgischen Bürgerschaft einbringen. Damit beginnt das parlamentarische Haus-

haltsverfahren, das sich bis zur Beschlussfassung vom 11. bis 13. Dezember hinziehen wird. Der Haushaltsrahmen ist »geschönt« - so die Kritik selbst des Rechnungshofs -, weil wich-

**Eckdaten der Haushaltsplanung bis 2016 (Mio. EUR)**

	2012	2013	2014	2015	2016
Steuereinnahmen	8.775	9.195	9.457	9.693	9.848
Übrige Einnahmen	1.870	2.002	2.084	2.142	2.201
<b>Bereinigte Gesamteinnahmen</b>	<b>10.645</b>	<b>11.197</b>	<b>11.541</b>	<b>11.835</b>	<b>12.049</b>
Betriebsausgaben	10.810	10.944	11.050	11.148	11.282
Investitionen	877	851	851	856	828
<b>Bereinigte Gesamtausgaben</b>	<b>11.687</b>	<b>11.795</b>	<b>11.901</b>	<b>12.004</b>	<b>12.111</b>
Zuwachs bereinigter Gesamtausgaben		0,9%	0,9%	0,9%	0,9%
<b>Finanzierungsdefizit</b>	<b>-1.042</b>	<b>-598</b>	<b>-360</b>	<b>-169</b>	<b>-62</b>
Nettokreditaufnahme	600	450	300	150	50

tige Grauzonen und Risiken für den Haushalt nicht sichtbar sind, etwa der Sanierungsstau bei der öffentlichen Infrastruktur von rund 4,7 Milliarden Euro. Das heißt, weil die Mittel nicht reichen, sind seit Jahren öffentliche Gebäude, Straßen, Infrastruktur, Grünanlagen usw. dem Verfall überlassen worden.

Der Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/14 sieht Ausgaben von rund 11,8 Mrd. Euro 2013 und 11,9 Mrd. 2014 vor. Der Steuerschätzung vom Mai 2012 zufolge rechnet der Senat für das Jahr 2013 mit Einnahmen in Höhe von knapp 9,2 Mrd. Euro, im Jahr darauf sollen es fast 9,6 Mrd. Euro werden. Die SteuerschätzerInnen erwarten für das laufende Jahr Einnahmen von 9,012 Mrd. Euro – ein Plus von 182 Mio. Euro gegenüber der letztjährigen November-Prognose. 2013 soll das Plus bei 110 Mio. Euro liegen, 2014 bei 191, 2015 bei 234 und 2016 sogar bei 266 Mio. Euro.

Trotz dieser positiven Einnahmetendenz ist der Haushalt aktuell nicht ausgeglichen, vielmehr werden wie seit Jahrzehnten immer neue Kredite aufgenommen, um die laufenden Ausgaben finanzieren zu können. Der Haushalt der Stadt ist seit Jahrzehnten strukturell unterfinanziert; die laufenden Ausgaben können nicht durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden. An diesem Punkt scheiden sich die politischen Lager:

- Die »Linken« machen die langjährige Steuersenkungspolitik und den schlechten Steuervollzug für die Defizite und den Schuldenberg verantwortlich. Schlussfolgerungen: siehe Griechenland – es muss endlich stärker gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorgegangen werden. Betriebsprüfungen und konsequenterer Steuervollzug bei Haushalten mit höherem Einkommen und Vermögen könnten die Situation deutlich verbessern. Außerdem kann der SPD-Senat auch auf Bundesebene für eine Verbesserung der Steuereinnahmen bei Ländern und Kommunen eintreten.
- Die »Rechten« wollen durch Abbau von öffentlichen Aufgaben und Leistungen, vor allem durch weniger Personal, einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Die SPD-Regierung muss laut selbst verordneter »Schuldenbremse« bis zum Jahr 2020 einen Haushalt ohne neue Kredite erreichen. Die Ausgaben sollen jährlich um höchstens 1% steigen

und damit geringer als die erwarteten Steuereinnahmen. Das Problem: Rund drei Viertel des Haushalts liegen fest und steigen jährlich um rund zwei Prozent, ohne dass der Senat darauf nennenswert Einfluss nehmen könnte. Das verbleibende Viertel muss damit die Sparleistungen erbringen. Und hier werden durch die Kürzungen die benachteiligten Bevölkerungsschichten verstärkt getroffen – denn die Streichungen betreffen die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Familienförderung und die so genannten sozialraumorientierten Projekte der Bezirke. 2013 sollen die sieben kommunalen Verwaltungen in der Hansestadt 23 Mio. Euro einsparen, auf den Sozialbereich kommen 67 Mio. »Sparanforderungen« zu.

Entscheidend ist dafür: Es sollen im öffentlichen Dienst jährlich 250 Stellen wegfallen. Allerdings kalkuliert die Stadt im Haushaltsentwurf mit einer Tarifsteigerung für ihre Bediensteten von nur 1,5%. Sollte der Tarif höher steigen, was keine kühne Annahme ist, würden noch mehr Stellen gestrichen. Die Bezirke rechnen schon jetzt mit Stellenkürzungen von 500 pro Jahr.

Allein die Schulbehörde streicht in den kommenden beiden Jahren jeweils 40 Stellen in der Verwaltung. Im Mittel kostet eine Stelle jährlich etwa 50.000 Euro. Der Abbau von 250 Stellen spart also 12,5 Mio. Euro ein. Seit Wochen umstritten sind die Sparmaßnahmen der Sozialbehörde. Sie will unter anderem 3,5 Mio. Euro in der offenen Kinder- und Jugendarbeit einsparen und verweist auf neue Angebote an Ganztagschulen. Außerdem soll das traditionsreiche und in sozialer Hinsicht höchst bedeutsame Heim für Kinderkuren in Wyk auf Föhr geschlossen und verkauft werden.

Wegen der angepeilten Ausgabensteigerung von unter 1% pro Jahr weist der Senat bestimmten Ressorts von vornherein ein geringeres Budget zu. Einen starken Einschnitt verzeichnet neben den Bezirken vor allem der Etat der Stadtentwicklungs- und Umweltbehörde: Von jetzt 596 Mio. Euro soll er auf 491 Mio. im Jahr 2014 sinken (wobei dieser enorme Abbau zu einem Gutteil darauf basiert, dass die IBA/igs 2013 »durch« sind und anschließend nur noch geringe Kosten aufwerfen). Personal will die Stadt vor allem in der Verwaltung abbauen.

Dagegen regt sich Widerstand bei ver.di. »Mittlerweile ist beim Sparen ein Zustand erreicht, der für die Bürger einen Qualitätsabbau erster Güte bedeutet«, heißt es seitens der Gewerkschaft. In den vergangenen 20 Jahren sei bereits jeder dritte Arbeitsplatz in der Hamburger Verwaltung gestrichen worden. Die Hilfen für Kinder und Familien würden auf ein Mindestmaß reduziert; die Beschäftigten arbeiteten an der Grenze ihrer Belastbarkeit.

Es haben sich verschiedene Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften zu einem Bündnis zusammengefunden, um gegen die Sparpolitik des Senats zu mobilisieren. Erste Aktionen sind nach den Sommerferien geplant. Sie richten sich vor allem gegen die Sozialpolitik des Senats, wo die meisten Einsparungen zu erzielen sind.

Und was passiert mit der notwendigen Sanierung der städtischen Infrastruktur? Wichtige Positionen, die den Substanzerhalt betreffen – zum Beispiel die Instandsetzung von Stra-

Ben – werden aufgestockt. Die Anstrengungen der Behörden zur Sanierung der Infrastruktur werden bis zur Einbringung des Haushalts in die Bürgerschaft in einem »Sanierungsprogramm Hamburg 2020« zusammenfassend dargestellt werden. Es bleibt aber letztlich bei der Verschlechterung der Infrastruktur. Wie sehr der SPD-Senat die Rahmenbedingungen der regionalen Wertschöpfung weiter verschlechtert, wird an den Investitionen deutlich: Sie sinken von 877 Mio. Euro 2012 auf nur noch 828 Mio. im Jahr 2016, obwohl der Gesamthaushalt um 500 Mio. Euro wächst.

Außerdem präsentiert der SPD-Senat ein neues Instrument der Haushaltspolitik: den »Vorsichtsabschlag«. Von den in der Steuerschätzung prognostizierten Einnahmen werden für 2014 erstmals 150 Mio. Euro abgezogen, 2015 schon 300

Mio. und 2016 sogar 500 Mio. So will sich der Senat ein Stück weit unabhängig machen von den sehr schwankungsanfälligen Steuerschätzungen. Mit anderen Worten: Nimmt die Stadt den »Vorsichtsabschlag« wie befürchtet nicht ein, erlebt der Finanzsenator keine böse Überraschung. Fließt das Geld doch, erleichtert es ihm die Haushaltsführung.

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel nannte den Haushaltsentwurf einen »weiteren wichtigen Meilenstein für ein Hamburg ohne neue Schulden«. Er lobte vor allem das Ziel, bereits 2019 auf eine Nettokreditaufnahme zu verzichten. SPD-Haushaltsexperte Jan Quast betonte die Vorzüge des Vorsichtsabschlags: »Im Gegensatz zu den Vorgängersensaten hat der SPD-Senat einen Krisenpuffer eingebaut.«

## Wohnungen, Pferdesport & MilliardärInnen

Von Joachim Bischoff und Tim Golke



Lasst doch die Pferde frei... (Foto: Michael Joho)

Die schwarz-grüne Koalitionspolitik hatte mit der HSH Nordbank und einigen Prachtbauten wie der Elbphilharmonie und der Hafencity-Universität einen glanzvollen Auftritt für ihre »Schuldenpolitik« hingelegt. Noch heute trägt die Mehrheit der Bevölkerung im Stadtstaat schwer an dieser unverschämten Vergeudung. Selbst dem früheren Bürgermeister Ole von Beust (CDU) war diese Politik des »nice to have« unter der Führung des CDU-Kronprinzen Freytag und des damaligen Innensenators Ahlhaus schließlich peinlich. Vor der Sommerpause 2010 wurde das Ausgabenruder in Hamburg herumgerissen. Von Beust verkündete: Die Pläne für eine Doppelrennbahn für Galopper und Traber auf dem Derbygelände an der Horner Rennbahnstraße seien unter den neuen Bedingungen »nicht mehr finanzierbar«. Dahinter steckte auch die Erkenntnis, dass die Zeit der Förderung des Pferderennsports und der entsprechenden Wettgeschäfte in der Berliner Republik und in Hamburg vorüber sei.

Aber dieser Richtungswechsel war ohne das »vernünftige Regieren« des sozialdemokratischen Bürgerkönigs Olaf Scholz

nichts wert. Die Problematik des Pferdesports, die damit verbundenen Sportstätten und die Förderpolitik für die Freizeitbeschäftigung der »reichen Leute« wurde »Chefsache«, d.h. König Olaf übertrug Staatsrat Krupp die Zuständigkeit.

Scholz und sein Chef der Senatskanzlei machten gleich mit einer pffiffigen Begründung für den Kurswechsel von sich reden: »Die Doppelrennbahn wird höchstwahrscheinlich kommen, wir sind in guten Gesprächen mit allen Beteiligten«, sagte Krupp (SPD) nun. Der Senat könne es sich nicht leisten, den Pferdesport in Hamburg zu ignorieren. Hamburg sei auf der Welt die Stadt mit den meisten Pferden. Da die Pläne für den Wohnungsbau in Bahrenfeld politisch kaum noch zu stoppen seien, »wäre der Umbau der bisherigen Galopprennbahn in Horn die logische Konsequenz«.

Diese Einschätzung von der »Stadt auf der Welt mit den meisten Pferden« ist eine traumhafte politische Phrase. Während in anderen Bundesländern und Kommunen angesichts der Schuldenbremse über die Einführung einer mit der Hundesteuer vergleichbaren Abgabe für Pferde gestritten wird,



weiß sich die Hamburger Sozialdemokratie der Förderung des Pferdesports verbunden. Der Pferderenn- und -wettssport hat seit Jahren in Europa rückläufige Zuschauerzahlen und wird gleichwohl durch die nahezu vollständig an die Pferdesportvereine rückerstattete Totalisatorsteuer (2 Mio. Euro pro Jahr) hoch subventioniert und erhält zudem jährlich etliche 100.000 Euro Preis- und Fördergelder.

Der CDU war ihre konfrontative Haltung gegenüber den spendenfreudigen »Leuten« mittlerweile auch Leid. Sie schwenkte wieder auf die sozialdemokratische Linie ein. In einer Argumentation von Frau Prien (CDU) heißt es jetzt: »Hamburg gilt als heimliche Hauptstadt des Pferdesports. Neben der jährlich stattfindenden Derbywoche im Galopprennsport, dem Dressur- und Springderby in Flottbek, erfährt derzeit auch der Trabrennsport seine Renaissance. Gestützt durch das Engagement der Familie Herz und den durch sie betriebenen Pferdewettvermarkter Win Race wurde die Trabrennbahn in Bahrenfeld in den letzten Jahren revitalisiert. Neben der Erneuerung des Geläufs, der Renovierung der Tribüne und der Installation einer Zeitmessanlage, die auch internationalen Wettkampfbedingungen entspricht, wurden auch im organisatorischen Bereich sowie bei der Akquise von internationalen Veranstaltungen neue Maßstäbe gesetzt.« (Bürgerschafts-Drucksache 20/4436) Neue Maßstäbe wurden gesetzt, aber wie die CDU-Politikerin kritisch einwendet: Die Investitionen der Mäzene sind mittelfristig begrenzt, weil der SPD-Senat sich noch immer nicht klar bekannt hat, ob er dem Wohnungsbau und der Stadtentwicklung oder dem Pferdesport der reichen Leute Vorrang einräumt.

In den vergangenen zwei Jahren hat das Unternehmen Win Race, hinter dem die Familie des Milliardärs und ehemaligen

Kaffeerösters Günter Herz steht, am Volkspark rund fünf Mio. Euro investiert. Bei einem Verkauf des großen Areals der Bahrenfelder Trabrennbahn rechnen die Behörden mit Erlösen zwischen 36 und 52 Mio. Euro – je nach Art der Bebauung. Hamburg braucht zweifelsohne bezahlbare Wohnungen, und in Zeiten der Schuldenbremse müsste man sich nicht um die Freizeitbeschäftigung der Familien Herz und Co. sorgen.

Aber Hand aufs Herz: Sorgen sollten uns nicht die Mäzene, sondern die Pferde machen. Daher antwortet der Senat auf eine Kleine Anfrage: »Hamburg ist ein bedeutendes Pferdesportzentrum in Deutschland. Daher prüft der Senat, nachdem im Juni 2010 der ursprünglich eingestellte Investitionskostenzuschuss für eine Doppelrennbahn ersatzlos und ohne Alternativplanungen für den Pferdesport gestrichen wurde, erneut die Möglichkeiten einer Realisierung einer Kombirennbahn für Traber und Galopper in Hamburg-Horn mit dem Ziel, dem Pferderennsport in Hamburg eine dauerhafte, wirtschaftlich stabile und auskömmliche Perspektive zu eröffnen. Die Gespräche mit den Beteiligten und Interessenvertretern des Hamburger Pferderennsports dauern noch an.«

Das ist doch wirklich eine positive Botschaft in Zeiten von Sparpolitik und Schuldenbremse. Der SPD-Senat wird zwar massiv Personal abbauen, die Kinder- und Jugendarbeit und viele soziale Projekte kurz halten, aber der Pferdesport und seine Mäzene erhalten eine dauerhafte und auskömmliche Perspektive. Und was sagen diese Mäzene?: »Wir finden die Doppelrennbahn großartig, je eher sie kommt, desto besser. Sie bietet uns neue Chancen. Dem Fußball zum Beispiel haben die neuen Stadien einen Zuschauerboom beschert.« Na denn.

## St. Georg: »Der Geist geht, das Geld kommt!«



Kundgebung bei Dr. Wohlers, 6.6.2012 (Foto: M. Joho)

In den letzten Wochen ist es den St. GeorgerInnen gelungen, viel Wirbel für ihre Anliegen zu machen und damit punktuell auch die öffentliche Debatte anzuregen.

Da ist zum einen der Protest gegen den »vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf St. Georg 45«. Es geht um ein

zwischen der Straße An der Alster 42 und der Koppel 43/45 gelegenes Grundstück der Allianz-Versicherung. Obwohl der gültige Baustufenplan von 1955 nach den beiden Seiten hin dreigeschossigen Wohnungsbau vorgesehen hatte, war es in den vergangenen Jahrzehnten mit Bürogebäuden eingerahmt

(samt grünem Innenhof). Doch statt den Versicherungskonzern angesichts seiner Neubaupläne dazu anzuhalten, endlich das Wohnbauungsgebot umzusetzen, folgte der Bezirk bisher alleine der Extra-Rendite wädhenden Allianz. Für deren Pläne, zur Alsterseite einen de facto achtgeschossigen Büroneubau (inklusive einer möglichen Hotelnutzung) und an der Koppel auf sechs Etagen hochpreisige Eigentumswohnungen zu errichten, sollte das gültige Baurecht eine gravierende Veränderung erfahren. Aus dem ausgewiesenen »Wohngebiet« wollten die Parteien des Bezirks Mitte – mit Ausnahme der Linksfraktion – ein zumindest teilgewerblich nutzbares »Kerngebiet« machen, damit hier ein für allemal das Tor für eine lukrative Hotel- und Büronutzung aufgestoßen ist. Alleine das Durchwinken dieses vorhabenbezogenen B-Planes hätte der Allianz einige Millionen Wertzuwachs des Grundstücks beschert.

Doch die Bezirksphalanx von SPD/FDP bis zur CDU und den Grünen musste sich plötzlich umschauen, weil sich im Stadtteil nachhaltiger und fachlich sehr fundierter Protest gegen den B-Plan St. Georg 45 erhob. Rund 200 BürgerInnen legten beim Bezirk fristgemäß Widerspruch ein. Bei diesen Einwendungen handelt es sich nach der im Quartier auf Flyern zitierten Aussage eines Bezirksamtsmitarbeiters um die »seit Jahren größte Widerstandsaktion gegen ein Bebauungsvorhaben im Bezirk Mitte« überhaupt. Stadtteilbeirat, Einwohnerverein und die Bürgerinitiative haben sich einheitlich gegen den B-Plan gestellt und fordern – entsprechend gültigem Baurecht – sozialen Wohnungsbau an der Koppel und ebenfalls Wohnungsbau An der Alster. Sollte dieser Protest erfolgreich sein – und erste Risse in der Bezirksphalanx zeichnen sich ab –, wäre er ein Lehrbeispiel dafür, den Kampf gegen Bebauungspläne zu führen, die an den Interessen der Bewoh-

nerschaft vorbeigehen und lediglich die Investorenwünsche befriedigen.

Noch mehr Bewegung und Resonanz geschaffen aber hat ein mit dem o.a. B-Plan verbundenes Thema: der Kampf um den Erhalt der seit 79 Jahren in St. Georg ansässigen Buchhandlung Wohlers (Lange Reihe 68/70). Der Inhaber in dritter Generation hatte vor kurzem von seinem »Gier-Vermieter« Frank Jendrusch (Mopo, 22.6.2012) eine geradezu obszöne Verdreifachung der Ladenmiete präsentiert bekommen (von 1.400 auf 4.100 Euro), die der über das Viertel hinaus beliebten Buchhandlung den Garaus machen würde.

Auf den mittlerweile angelaufenen Aktionen haben sich ungewöhnlich viele St. GeorgerInnen beteiligt. Alleine an der Demonstration unter dem Titel »Die Jendruschs können gehen, Wohlers bleibt! Gegen den Mietenwahnsinn in unserem Viertel« am 6. Juni nahmen rund 850 Menschen teil, fast ein Zehntel der Stadtteilbevölkerung. Am 21. Juni waren es, trotz angebrochener Ferien, nochmals fast 300 Menschen, die einer Protestkundgebung und Lesung unter dem Motto »Bücher öffnen Welten – Spekulanten zerstören sie!« beiwohnten. Und am kommenden Donnerstag, den 28. Juni, wird von 18.00 bis 18.30 Uhr erneut gegen den Vermieter demonstriert und gelesen, und zwar direkt vor dem Jendrusch-Büro (Hansaplatz 1).

Die Auseinandersetzung um die Wohlers-Buchhandlung hat schlagartig ein Problem nach oben gespült, das bei der »Hamburger Presserunde« des Senders HH1 am 9. Juni zu dieser Fragestellung führte: »Hotels, Büros, teure Eigentumswohnungen – verlieren Stadtteile wie St. Georg ihr Gesicht?« Die Breite und Massivität des Protests gegen den drohenden Untergang der Buchhandlung ist nur dann verständlich, wenn mensch die Entwicklungen und Erfahrungen der letzten zehn Jahre miteinbezieht: Der Frust vieler AnwohnerInnen über



Aktion kurz vor Beginn der Bezirksversammlung (Foto: M. Joho)



die Mietenexplosion, über die Verdrängung durch die Umwandlung in unbezahlbare Eigentumswohnungen, das Überhandnehmen von immer mehr Hotels (der Einwohnerverein spricht von 15.000 bis 20.000 Übernachtungs-Betten gegenüber 10.000 EinwohnerInnen), das teilweise Wegbrechen der Nahversorgung, die stetig angelockten und zunehmenden Event- und Touristenmassen sitzt inzwischen tief. Und nun scheint das Fass, wie es im Quartier immer wieder zu hören ist, übergelaufen zu sein.

Über die Gentrifizierung haben wir schon des öfteren berichtet, das St. Georger Beispiel illustriert, dass es dabei auch um diesen Aspekt geht: die Situation der kleinen Läden. Hintergrund dafür ist der Umstand, dass es bis heute keinen Mieterschutz, nicht einmal eine Mietendeckelung für kleine Gewerbetreibende gibt. Auch wenn sich das Konsumentenverhalten vor allem infolge des Aufkommens großer Voll-Discounters und Einkaufszentren grundlegend verändert hat, gilt doch zumindest für die innenstadtnahen Quartiere, dass hier die inhabergeführten Läden durch teilweise dramatische Mietsprünge regelrecht kaputtgemacht worden sind.

Frank Jendrusch ist so einer der Abzocker, die aus einer hipp gewordenen Straße wie der Langen Reihe so viel Kohle herausholen möchten wie irgend möglich, koste es auch den Gewerbemix und damit die Attraktivität. Und es gibt viele

Jendruschs auf dieser wie auch auf anderen beliebten Straßen Hamburgs. »Neun von zehn kleinen Geschäften binnen drei Jahrzehnten« haben laut »Hamburger Abendblatt« (24.4.2012) dicht machen müssen, eine Dimension, die eigentlich schon längst zu entsprechenden Überlegungen hätte führen müssen. Denn kleine Geschäfte sind Ausdruck einer vorhandenen Einkaufs- und Kommunikationskultur, stehen für Stadtteilidentität und Gewerbemischung.

Vor diesem Hintergrund war es uns ein Anliegen, an den Protestversammlungen der St. GeorgerInnen teilzunehmen. Und wir prüfen gegenwärtig, welche Chancen es gibt, so etwas wie Milieuschutz und Mieterschutz für Gewerbetreibende zumindest in Metropolen in Gesetzen und Verordnungen festzuschreiben. Wir begrüßen den am 21. Juni von der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gefassten Beschluss, »dass sich die zuständigen Fachbehörden dahingehend austauschen, gesetzliche Regelungen zu schaffen oder aber auf Bundesebene zu initialisieren, die ähnlich der Sozialen Erhaltungsverordnung für Wohnraummietverhältnisse auch für Gewerberaummietverhältnisse exorbitante Mietsteigerungen verhindern können«.

DIE LINKE wird ihren Teil dazu tun, entsprechende Bemühungen auf Hamburger und auf Bundesebene voranzubringen. Wir sind dabei besonders gespannt auf die SPD.

## Mindestlohn und kein Ende?



ver.di-Kundgebung am 29.10.2007 auf dem Gänsemarkt (Foto: dpa)

In der letzten Ausgabe des BürgerInnenbriefs hatten wir die Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn in Hamburg in Höhe von 10 Euro/Stunde vorgestellt. Wie berichtet, wurde diese von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft abgelehnt und durch einen Prüfauftrag mit einer Mindesthöhe von 8,50 Euro/Stunde ersetzt. Das folgende Beispiel der Tarifverhandlungen von ver.di mit der CinemaxX-AG würde von einem Hamburgischen Mindestlohngesetz zwar nicht erfasst, macht

aber neben den dort momentan gezahlten Stundenlöhnen deutlich, dass ein Mindestlohn nur auf der Seite des Entgelts eine Mindestgrenze einziehen würde. Die Arbeitsbedingungen kann ein Mindestlohn nicht beeinflussen. Hierzu braucht es starke Gewerkschaften. Wenn aber schlechte Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen zusammenkommen, sind häufig auch Gewerkschaften heute schwach. Hier würde ein Mindestlohn die gewerkschaftliche Macht stärken.



# CinemaxX AG – Tarifvertrag mit Niedriglöhnen

Von Götz Trautmann



Am 13.3.2012 vor CinemaxX Wandsbek

Seit Ende des Jahres 2011 ist die CinemaxX AG, einer der größten Kinobetreiber Deutschlands mit Sitz in Hamburg, aufgerufen, mit ver.di Verhandlungen über neue Tarifverträge aufzunehmen. ver.di hat CinemaxX unmittelbar nach der Kündigung der bisherigen Tarifverträge Forderungen zukommen lassen und den Arbeitgeber darum gebeten, mit einem entsprechenden Angebot die Verhandlungen einzuleiten.

Doch dazu sollte es erst nach mehreren Warnstreiks in verschiedenen CinemaxX-Standorten, darunter auch Hamburg-Wandsbek, kommen. Der Arbeitgeber äußerte zu den Forderungen der Gewerkschaft, dass diese wirtschaftlich nicht darstellbar und völlig überzogen seien. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass im Rahmen der ersten Verhandlungsrunde von Gewerkschaftsseite deutlich gemacht wurde, dass Forderungen nicht dem letztendlichen Abschluss entsprechen und man ja auch Verhandlungsspielraum brauche. Die Übergabe eines (u.a. finanziellen) Gegenangebotes an ver.di (in den Aushängen des Arbeitgebers gerne als »Gegenseite« bezeichnet) machte CinemaxX jedenfalls davon abhängig, ob die Gewerkschaft für die bundesweit ca. 2.000 Beschäftigten massive Verschlechterungen der im Manteltarifvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen hinnehmen würde oder nicht. Erst wenn dieses Zugeständnis gemacht sei, würde man ein finanzielles Angebot im Sinne einer möglichen Gehaltserhöhung übergeben.

Basierend auf den aktuell geltenden Einstiegsgehältern von 8,00 Euro im Service und 9,40 Euro in der Projektion hat ver.di u.a. gefordert, die Stundenlöhne aller Beschäftigten um einen Euro zu erhöhen, die Ungleichbehandlung in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Eintritts in das Unternehmen zu beenden (»alte« KollegInnen, die vor 2007 eingestellt wurden, bekommen einen höheren Lohn und mehr Urlaub als die »Neuen«, die danach eingestellt worden sind) sowie die Quote der befristet Beschäftigten (gemessen an allen Beschäftigten) abzusenken. Außerdem sollen bisher nicht im Tarifvertrag erfasste Berufsgruppen wie BetriebsleitungsassistentInnen, ServiceleiterInnen, LageristInnen, HaustechnikerInnen und ProjektionsleiterInnen in den Tarifvertrag aufgenommen werden.

Von der Arbeitgeberseite hörte man lediglich Forderungen, die für die Beschäftigten deutliche Veränderungen nach unten

bedeuten würden, z.B. ungeplantes Wechseln zwischen den einzelnen Servicebereichen Kasse, Einlasskontrolle, Gastronomie, eine Anhebung der Quote der befristet Beschäftigten, was für noch mehr Beschäftigte einen unsicheren Arbeitsplatz bedeuten würde, und weitere Punkte, die die Arbeitskraft der KollegInnen für den Arbeitgeber deutlich wertvoller machen würden. Von der Notwendigkeit eines Tarifangebotes zur Schaffung einer verhandlungsfähigen Grundlage musste der Arbeitgeber allerdings erst durch massive Warnstreiks, die an mehreren Standorten des Unternehmens stattfanden, überzeugt werden: Während der diesjährigen »Berlinale« wurde das CinemaxX in Berlin am Potsdamer Platz bestreikt, die Standorte Bremen, Hannover, Halle (Saale), Bielefeld, Kiel, Oldenburg (Oldenburg) und Hamburg-Wandsbek, um nur einige zu nennen, waren ebenfalls dabei.

Im Jahr 2011 erwirtschaftete die CinemaxX-Gruppe einen Gewinn von 18 Mio. Euro, das beste Ergebnis in der Geschichte des Unternehmens. Die Beschäftigten haben durch ihre Arbeit und nicht zuletzt auch durch Verzicht auf deutliche Gehaltserhöhungen im Rahmen der vergangenen Tarifverhandlungen zu diesem Ergebnis beigetragen. Doch eine Beteiligung der MitarbeiterInnen an diesem beachtlichen Erfolg wollte der Arbeitgeber diesen nicht zugestehen. Stattdessen forderte er von ihnen mehr Flexibilität und die Fortführung der Ungleichbehandlung.

Andere KinobetreiberInnen, die wirtschaftlich nicht so gut dastehen wie CinemaxX, zahlen ihren MitarbeiterInnen höhere Löhne, gewähren ihnen mehr Jahresurlaub und zahlen auch eine großzügigere Jahressonderleistung, sind sich ihrer sozialen Verantwortung also durchaus bewusst, was sich in den jeweils geltenden Tarifverträgen des Hauptverbandes der Filmtheater (HdF), UCI etc. auch widerspiegelt.

**Götz Trautmann ist seit 2001 zunächst als Servicemitarbeiter, ab 2002 als Filmvorführer in den CinemaxX-Häusern Harburg und Wandsbek beschäftigt. Außerdem ist er langjähriges Mitglied im ver.di-Bundesausschuß Kino – der bundesweit für die Kinobranche die Tarifpolitik bestimmt – und der Tarifkommission, die mit CinemaxX die laufenden Tarifverhandlungen führt.**

## Kulturtipp: Ferienzeit ist Lesezeit!



Robert Brack (Foto: dpa)

Wer nicht gerade andere Städte oder Länder erkundet, kann in den kommenden Wochen vielleicht die eine oder andere Reise im Kopf unternehmen. Aus aktuellem Anlass – dem am 2. Juni doch weitgehend verhinderten Aufmarsch der Nazis durch Hamburg – sei ein Krimi empfohlen, stellvertretend für all die andere Lektüre, die die meisten sicher im Koffer dabei haben oder aus der Bücherhalle entleihen könnten.

Die Rede ist hier von Robert Bracks Hamburg-Krimi »Blutsonntag«, bereits vor zwei Jahren erschienen in der Edition Nautilus, vor wenigen Tagen vom Autor auch bei der »Roten Möwe«, einer Veranstaltungsreihe der LINKEN, auf St. Pauli präsentiert. Hintergrund der spannenden Story ist der Altonaer Blutsonntag am 17. Juli 1932. Anlässlich eines provokativen Marsches der Nazis durch das traditionell rote Arbeiterviertel Altona wurden damals etliche AntifaschistInnen durch Polizeikugeln getötet. Um diese authentische Tragödie rankt sich Bracks Geschichte: Die im Gängeviertel wohnende Kommunistin Klara Schindler, Reporterin und Kommunistin, befragt mit einer neuen technischen Errungenschaft aus der Sowjetunion, einem Magnetophon, ZeugInnen über die Geschehnisse. Mit Hilfe eines verkrachten Kabarettisten, eines Straßenmädchens und eines ehrenhaften Gauners deckt sie

die Vertuschungen der Hamburger Polizei, der preußischen Behörden und der Presse über die Straßenkämpfe zwischen SA und Kommunisten auf und entschließt sich zur Rache...

Robert Brack (geb. 1959) ist Hamburger und ein geschätzter Kriminalschriftsteller, einigen bekannt auch unter seinem Pseudonym Virginia Doyle. Für »Das Mädchen mit der Taschenlampe« und die Kurzgeschichte »Das Osterhasen-Wochenende« erhielt er den »Marlowe« der Raymond-Chandler-Gesellschaft. Sein Roman »Das Gangsterbüro« wurde mit dem Deutschen Krimipreis ausgezeichnet.

Großen Erfolg feierte er im Jahr 2008 mit der Veröffentlichung des auf einem realen Fall basierenden Krimis »Und das Meer gab seine Toten wieder«. Es geht darin um zwei Todesfälle in den Reihen der Hamburger Polizei, eine Geschichte, die Brack erstmalig bis zu ihrem Ende erzählt. Bracks sensibler Umgang mit politisch-historischen Ereignissen wird auch in seinem neuen Roman »Unter dem Schatten des Todes« wieder deutlich. Darin schildert er die Hintergründe und Folgen des Reichstagsbrandes im Februar 1933 und wirft die Frage nach den TäterInnen auf. Und Klara Schindler ist auch wieder dabei.

---

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [tim.golke@linksfraktion.de](mailto:tim.golke@linksfraktion.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.